

Appell an das Antisiko-Bündnis

Auf der Friedensdemonstration am 01.10.2022 am Münchner Rotkreuzplatz wurde auch die Organisation „Freie Linke“ als Bündnispartner zugelassen, die ihrerseits das rechte Spektrum mobilisierte. Den Teilnehmer:innen der Friedensbewegung wurden damit auch diverse namhafte und bekannte Köpfe aus verschiedenen rechtsradikalen Organisationen Münchens zugemutet. Für diesen (wörtlich) „Dammbruch“ hat man sich unter den Bündnispartnern von „München steht auf“ öffentlich feiern lassen.

Aufgrund dieser Ereignisse sah sich das Antisiko-Bündnis am unmittelbar folgenden Bündnistreffen am 04.10. zu einer dringenden Reaktion genötigt, die in Form der folgenden Unvereinbarkeitserklärung erfolgt ist:

Unvereinbarkeitserklärung:

„Das Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz (#AntiSIKO Bündnis) erklärt hiermit seine Unvereinbarkeit mit der Organisation "Freie Linke".

Diese arbeitet offen mit rechten Kräften zusammen und verfolgt eine Querfrontstrategie.

Sie ist weder auf unserem Bündnis noch auf unseren Protesten und Veranstaltungen willkommen.“

[Beschluss vom Di. 04.10.2022]

Bereits im Vorfeld der Kundgebung vom 01.10. haben die Linksjugend Solid und verschiedene andere Organisationen unmittelbar vor Ort, in Emails und öffentlich vor einer Beteiligung der Organisation „Freie Linke“ gewarnt und dies auch mit öffentlich verfügbaren Erkenntnissen und Erfahrungen begründet – bis dahin ohne Erfolg und ohne, dass sich bessere Erkenntnis durchgesetzt hätte.

Nachdem nun im Antisiko-Bündnistreffen vom 01.11. dieses Votum gegen die „Freie Linke“ wieder gekippt wurde, sollte es lediglich durch ein Update des seit Jahren gültigen allgemeinen antifaschistischen Konsenses ersetzt werden.

Die Organisation „Freie Linke“ unterläuft und untergräbt durch ihre Aktionen und politische Praxis jedoch einen solchen Konsens permanent. Im Übrigen stellt sich die Organisation „Freie Linke“ sowohl in München als auch bundesweit, selbst außerhalb dieses Konsenses, behauptet hingegen jedoch ihn selbst nicht zu verletzen. Einer Wiederholung der Infiltration von Friedenskundgebungen durch das rechte und rechtsradikale Spektrum durch erneute Mobilisierungen über die Querfront-Organisation „Freie Linke“ ist nunmehr wieder Tür und Tor geöffnet.

Aus diesem Grund ist zusätzlich die Wiedereinsetzung der obigen ausdrücklichen Unvereinbarkeitserklärung im Antisiko-Bündnis unerlässlich.

Ein antifaschistischer Konsens muss sich in der Praxis bewähren und unter Beweis stellen.

Mit offener oder stillschweigender Duldung der Organisation „Freie Linke“ gelingt das nicht.

Die unterzeichnenden Organisationen, ob bisher bereits Bündnispartner:innen bzw. Unterstützer:innen des Aktionsbündnisses gegen die NATO-Sicherheitskonferenz oder (noch) nicht, erwarten an dieser Stelle eine konsequente antifaschistische Haltung und eine ausdrückliche Erklärung.

Sie machen deshalb ihre künftige Zusammenarbeit mit dem und Unterstützung für das Antisiko-Bündnis von einer Wiedereinsetzung der obigen Unvereinbarkeitserklärung mit der Organisation „Freie Linke“ abhängig und fordern hiermit das Antisiko-Bündnis dazu auf.